Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 386 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5666 und 5610 — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 9. August

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Zur Verteidigung seiner Handlungsweise nimmt nun auch Prinz Max von Baden das Wort, um zu erklären, was ihn zur „Beschleunigung der Revolution" gezwungen hat.

* Ueber Chemnitz wurde infolge der Lebensmittelunruhen der verschärfte Belagerungszustand verhängt.

* Frankreich hat 150 000 italienische Arbeiter für die Saargruben angefordert.

* Staatskanzler Renner ist aus Saint Germain in Wien eingetroffen.

* General Mannerheim hat den Oberbefehl über die finnische Armee abgelehnt.

Eine neue Regierungskrise in Bayern?

Von unserem Münchener dp-Sonderberichterstatter.

München, 8. August.

In Bayern droht wieder einmal eine Regierungskrise. Die Differenzen, die zwischen der bayerischen Volkspartei und zwischen den anderen Parteien des Landtages in wesentlichen Punkten des Lehrergesetzes bestehen, haben die Gefahr nahegerückt, daß die bayrische Volkspartei aus dem Koalitionsministerium Hoffmann ausscheidet. Es soll auch erwogen werden, ob nicht wegen des Lehrergesetzes nicht die Berufung an das bayrische Volk angebracht sei.

*

Chemnitz im verschärften Belagerungszustand

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Chemnitz, 8. August.

Ueber Chemnitz ist gestern abend anläßlich schwerer Ausschreitungen der Bevölkerung der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Seit Sonnabend fanden in Chemnitz in der Hauptsache wegen mangelnder Fettzuteilung Demonstrationen statt, die am Donnerstag abend ernsten Charakter annahmen. Trotz des Verbotes hatte sich am Nachmittag auf dem Königsplatz eine größere Demonstrationsversammlung gebildet, in der aufhetzende Reden gehalten wurden. Die Sicherheitswehr war der Menge gegenüber machtlos. Ein Teil der Demonstranten begab sich zum Oberbürgermeister, verhandelte mit diesem in ruhiger, sachlicher Weise und entfernte sich, nachdem der Bürgermeister einige beruhigende Worte gesprochen hatte. Ein anderer Teil der Demonstranten begab sich vor das Gerichtsgefängnis, befreite, da die Sicherheitswehr nicht zur Stelle war, einen dort festgehaltenen Kommunistenführer und zog mit diesem in das Innere der Stadt. Ein Trupp der Reichswehr, der eingesetzt worden war, wurde von der Menge zerstreut und ihm ein Maschinengewehr abgenommen. Aus der Menge heraus war gegen die Truppe eine Handgranate geworfen worden, durch die zehn Personen, darunter drei Kinder, zum Teil schwer, verletzt worden sind.

Eine neue Dreistigkeit der Entente

Versailles, 8. August.

Minister Loucheur, der sich gestern in Lille aufhielt, erklärte vor der Handelskammer, durch Wegnahme geschädigte Industrielle könnten in deutschen Fabriken Maschinen bis zu 30. v. H. des Bestandes beschlagnahmen. Die Fabrikanten hätten außerdem das Recht, neues Material in Deutschland zu bestellen, das mit einer Spezialmarke versehen werde.

Amerika für schleunige Ratifizierung

Amsterdam, 8. August.

Aus New-York wird gemeldet, daß die industrielle Lage in Amerika zur Ratifizierung des Vertrages beitragen werde. Die Ungeduld wegen der Verzögerung der Ratifizierung des Vertrages mache sich bereits geltend. Die Erklärungen Berichs, der Wilsons finanzieller Ratgeber war, beweisen deutlich, daß die amerikanischen Politiker die Schätzungen der europäischen Politiker über das Zahlungsvermögen Deutschlands lächerlich finden. Baruchs Genosse Davis erklärte, die erste von Deutschland zu machende Angahlung, die auf 5 Milliarden Dollar festgesetzt worden ist, würde auf ein bis zwei Milliarden hinauslaufen. Die offizielle Ansicht in Amerika gehe dahin, daß, wenn Deutschland Kapital besitzt, es dasselbe dazu anwenden solle, seine Industrien wieder in Gang zu setzen, um so einen allgemeinen Zusammenbruch von Europa zu verhindern.

Prinz Max von Baden verteidigt sich

Prinz Max von Baden, der sich schon mehrfach über die Vorgänge kurz vor der Revolution geäußert hat, nimmt jetzt gründlich das Wort, um darzutun, daß allein des Kaisers Abdankung das Reich vor dem Schlimmsten hat retten können. Er will damit seine voreilige Veröffentlichung der Abdankung beschönigen. Es ist zu erwarten, daß eine Erklärung anderer maßgebender Stellen folgen wird. Wir geben nachstehend die Meldung unseres Sondermitarbeiters wieder.

Berlin, 8. August.

Prinz Max von Baden, der letzte Reichskanzler des Reiches, nimmt jetzt in der „Voss. Ztg." das Wort zu einer Zurückweisung der gegen ihn erhobenen Angriffe und zu einer großzügigen Rechtfertigung seiner Politik in der entscheidenden Zeit. Den Mittelpunkt seiner Betrachtungen bildet der Vorwurf, daß er den Kaiser durch eine eigenmächtig veranlaßte Veröffentlichung in der Abdankungsfrage vor eine vollendete Tatsache gestellt und die Zustände in Berlin zur Begründung seines Handelns schlimmer hingestellt habe, wie sie wirklich waren. Prinz Max von Baden gab eine

Darstellung der Vorgänge vom 9. November

die von Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dem Generalobersten Plessen, dem General von Marschall, dem General Graf Schwerin und dem früheren Staatssekretär des Aeußeren von Hintze vor zwei Wochen in rechtsstehenden Blättern veröffentlicht worden ist. Prinz Max von Baden erklärte, er hätte mit seinen Darstellungen gerne noch einige Wochen gewartet, um die Klärung schwebender internationaler Fragen abzuwarten. Diese, in wesentlichen Punkten unrichtigen Darstellungen machen ihm aber ein längeres Schweigen unmöglich.

Zunächst verwahrt sich Prinz Max gegen den Vorwurf, er habe die staatsgefährliche Propaganda im Heere nicht gehindert und damit der Armee namenlosen Schaden zugefügt. Nach Ansicht des Prinzen Max gab es nur ein Mittel, um der Agitation der Unabhängigen in Deutschland das Rückgrat zu brechen, der freiwillige und würdige Thronverzicht des Kaisers. Nur diese Opfertat hätte unsere Lage verbessert. Dies dem Kaiser klar zu machen, war der Zweck der Reise des Ministers Drews in das deutsche Hauptquartier. Die feindliche Propaganda und die unabhängige Agitation hätten in Deutschland niemals die Stoßkraft erreicht, wenn nicht die falsche Kriegspolitik bis in das Jahr 1918 hinein gegangen wäre. Auf dem Höhepunkt unserer militärischen Kraft hätten wir eine unzweideutige Erklärung über Belgiens Wiederherstellung abgeben müssen, um daraus entweder einen Weg zum Frieden freizumachen, oder den Feinden einen Teil der Not der ganzen Welt aufzubürden. Diese Mahnung hätte aber weder die frühere Regierung noch die Oberste Heeresleitung beherzigt. Vielleicht hätte die Katastrophe dann doch vermieden werden können oder zum mindesten wäre Ansicht des Prinzen Max war unser Waffenstillstandsangebot durch die militärische Lage Ende September und Anfang Oktober nicht gerechtfertigt, mußte aber im In- und Auslande als militärische Bankerotterklärung wirken. Falsch war es auch, daß sich die Regierung gerade an Wilson wandte. In der Tatsache, daß das Große Hauptquartier den Hauptgegnern der angelsächsischen Welt um die Herbeiführung des sofortigen Waffenstillstandes bat, liegt die große Huldigung, die diesen feindlichen Staatsmännern während des ganzen Krieges zuteil wurde. Ohne Waffenstillstandsbitte an Wilson wäre die Abdankungskrise niemals in dieser Schärfe hervorgerufen worden. Was die Vorgänge kurz vor dem 9. November und am 8. November anbelangt, so gibt Prinz Max von Baden

eine Reihe von Telegrammen

wieder, die vom 7. November an von ihm an den Kaiser gerichtet und die in der Darstellung der Generale nicht erwähnt sind. Darunter befindet sich ein Telegramm, das in der Nacht vom 7. zum 8. November an den Kaiser abging.

Prinz Max von Baden empfahl darin dem Kaiser, unverzüglich den festen Willen auszusprechen, abzudanken, um die sozialdemokratische Partei regierungsfähig zu erhalten und den Uebergang der Massen ins radikale Lager zu verhüten. Dann sollte, sobald der Stand der Waffenstillstandsverhandlungen es erlaubte, sofort die Ausschreibung von Neuwahlen für eine verfassunggebende Nationalversammlung erfolgen, der die endgültige Neugestaltung der Staatsreform zufallen würde. Bis dahin sollte der Kaiser einen Stellvertreter bestellen. Zur Begründung wies Prinz Max von Baden darauf hin, daß der monarchische Gedanke bei den Neuwahlen sicher den Vorrang erhalte, weil ja die Initiative zur Feststellung des Volkswillens vom König ausgehen sollte, und daß der Kampf von der Straße abgelenkt würde. Prinz Max schließt mit dem Hinweis auf die Verschlimmerung der Lage im Krieg durch die Ausrufung der Republik in München und die bevorstehende Abdankung des Königs von Württemberg. Aber auch dieser Appell war ergebnislos. Dem Prinzen Max wurde vom Hauptquartier ein Telegramm im Auftrage des Kaisers übersandt:

Seine Majestät haben es völlig abgelehnt auf die Vorschläge Seiner Großherzoglichen Hoheit in der Thronfolge einzugehen und halten es nach wie vor für seine Pflicht, auf dem Posten zu verbleiben."

Darauf führte Prinz Max am Abend des 8. November mit dem Kaiser ein etwa 20 Minuten langes Telephongespräch, in dessen Verlauf er sagte: Die Abdankung sei notwendig geworden, um den

Bürgerkrieg in Deutschland

zu vermeiden. Wenn durch seinen Verzicht der Bürgerkrieg vermieden sein wird, so wird das dem Kaiser von der Geschichte gedankt werden. Erfolgt die Abdankung nicht rechtzeitig, so wird der Reichstag sie erzwingen. Die Haltung der Truppen sei nicht mehr zuverlässig. In Köln liege die Macht bereits in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte. In München sei Revolution und sogar in Schwerin herrsche schon ein Arbeiter- und Soldatenrat. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Abdankung, Ernennung eines Stellvertreters und Einberufung einer Nationalversammlung, oder: Abdankung, Thronverzicht auch des Kronprinzen und der Nachkommen. Prinz Max trat für den ersten Weg ein. Allerdings sagte er: wenn das Opfer erst erfolgt, wenn schon Blut geflossen ist, wird es keine heilende Wirkung mehr haben. Erfolgte der Rücktritt rechtzeitig, so könne mit Hilfe der Sozialdemokraten die Lage gehalten werden. Der Kaiser war, wie Prinz Max im Laufe dieses Gesprächs feststellen mußte, völlig ununterrichtet über die Haltung der Truppen. Er sprach von einer militärischen Expedition gegen Berlin. Hätte die Oberste Heeresleitung dem Kaiser am 8. November die Wahrheit über die Lage gesagt, so würde der Kaiser zweifellos am 8. November den Kronverzicht ausgesprochen haben. Erst im Laufe der Nacht zum 9. wurde der Kaiser aufgeklärt. Um Mitternacht erhielt er das Telegramm eines Sozialistenführers, der betonte, daß die Abdankung bis zum frühen Morgen erfolgt sein müsse, wenn man die Arbeiter in den Fabriken zurückhalten wolle. Die Oberste Heeresleitung war nach Ansicht des Prinzen Max vollkommen orientiert. Warum hat sie geschwiegen, warum hat sie den Kaiser erst nachher aufgeklärt?

Auf diese Frage erwartet Prinz Max Antwort. Nachdem der Kaiser die Wahrheit wußte, war er am Morgen des 9. auch zum Rücktritt entschlossen. Eine entsprechende Nachricht gelangte nach Berlin an die Reichskanzlei. Eine Sinnesänderung trat beim Kaiser um Mittag ein, als Graf Schulenburg mit Ermächtigung der Obersten Heeresleitung erklärte, die Armee stehe noch hinter dem Kaiser und würde auseinanderfallen, wenn er nicht wenigstens als König von Preußen bleibe. Diesen Vorschlag griff der Kaiser auf und entschloß sich, nur als Kaiser, nicht als König von Preußen abzudanken. Von dieser neuen Wendung erfuhr Prinz Max nichts. Er glaubte, es handele sich nur noch um die Formalitäten.

Nun beruft er sich zur Beurteilung seiner Handlungsweise auf die Vorgänge in Berlin. Nach 10 Uhr liefen die ersten Nachrichten ein über das Versagen von Truppen des Regiments Alexander in Jüterbog und der Naumburger Jäger. Das Versagen der letzteren war ausschlaggebend, denn sie waren als zuverlässige Truppen zur Abwehr eines etwaigen Aufruhrs nach Berlin geholt worden. Das Beispiel war von einer demoralisierenden Wirkung für die ganze Garnison. Alle diese Vorfälle gingen sofort an das Große Hauptquartier weiter. Die Möglichkeit einer Gegenwirkung der besonneneren Elemente in der Sozialdemokratie verringerte sich von Stunde zu Stunde. Prinz Max meldete unter diesen Umständen nach Spaa: Es handelt sich unter diesen Umständen nicht mehr um Stunden, sondern um Minuten. Die Oberste Heeresleitung meldete immer wieder, die Entscheidung stünde bevor.

Die Sache ging ihren Gang. In der Reichskanzlei war der übereinstimmende Eindruck, daß die Angelegenheit sicherlich längst entschieden, der Kaiser längst abgedankt habe und daß nur noch die Formulierung ausstände.

Die Möglichkeit einer Sinnesänderung wurde in Berlin gar nicht in Betracht gezogen. Von einer Abdankung nur als Kaiser und nicht als König war nicht mit einer Silbe die Rede gewesen. Auf einen solchen staatsrechtlich wie politisch unmöglichen Gedanken konnte auch niemand kommen, denn die Revolution richtet sich ja weit mehr gegen die Person des Kaisers als gegen die Monarchie.

Die Zeit verrann. Die Formulierung kam nicht. Die Lage in Berlin gestaltete sich immer günstiger für die Revolutionäre. In jedem Augenblick konnte die Abtretung auf den Straßen ausgerufen werden; sie zu verhindern gab es keine Machtmittel. Dem konnte nur vorgegriffen werden durch die Veröffentlichung der Abdankung. Sie allein mit der Ankündigung der Kanzlerschaft Eberts mit einem Appell an das Volk, „es müsse seine Staatsform selbst bestimmen", hat noch schwache

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908091-16/fragment/page=0001

Dummung. Prinz Max von Baden stand vor der Wahl, nichts zu tun, oder auf eigene Verantwortung zu handeln. Obwohl formell dazu nicht berechtigt, hielt er es für seine Pflicht, den Entschluß des Kriegers bekanntzugeben, solange es noch einen Sinn hatte. Es war der letzte verzweifelte Versuch, den Umsturz zu verhindern. Er scheiterte, weil er zu spät kam. Die Verantwortung dafür tragen, so schließt Prinz Max von Baden, diejenigen, die unter Angabe militärischer Gründe den Kaiser veranlaßten, in das Hauptquartier zu reisen und die ihn dadurch der politischen Aufklärung entzogen, die diese Reise hinter dem Rücken des Kanzlers vorbereiteten und die den Kaiser bis zum 9. November im Unklaren hielten über die wahre Stimmung der Truppen.

„Wie ich sie auffasse!"

Die gestern früh von uns veröffentlichte Erklärung des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis, welcher Generalfeldmarschall von Hindenburg, General Ludendorff und Staatsminister Dr. Helfferich zugestimmt hatten, ist der Regierung Erzberger-Bauer gehörig in die Glieder gefahren. Ihre Verlegenheit, dieser Erklärung nicht mit sachlichen Argumenten begegnen zu können, macht sich nun darin Luft, daß sie den früheren Kanzler Dr. Michaelis unter Bezugnahme auf seinen Ausspruch: „Wie ich sie auffasse" persönlich anrempelt, wobei ihre Taktlosigkeit soweit geht, sich sogar an einem Hindenburg zu reiben. Die „Deutsche Allg. Ztg." und das W. T. B. werden wieder einmal bemüht, der am Pranger stehenden Regierung als Ofenschirm zu dienen. „Von besonderer Seite", d. h. von Herrn Erzberger erhält die „D. Allg. Ztg." eine Zuschrift, die vom W. T. B. an die gesamte Presse weitergegeben wird. In dieser Auslassung Erzbergers heißt es u. a.:

„Wenn Herr Michaelis seine und die Haltung der Regierung zu rechtfertigen sucht dadurch, daß er die Ernsthaftigkeit des englischen Friedensfühlers leugnet, so hat er immer noch nicht verstanden, worauf es ankommt. Die damalige Regierung ist nicht schuldlos, weil die Engländer es an ernstlichem Friedenswillen fehlen ließen, sondern sie handelten schuldhaft, weil sie ernstlichen Friedenswillen niemals (!!) bewiesen. Die Regierung erkannte ganz richtig in der belgischen Frage das Kernstück der Friedensaktion. Trotzdem und trotz des Versprechens an die Parteiführer hat sie sich niemals zu einer Erklärung über Belgien verstehen können. Grade die Stellen, die die größte Macht und den stärksten Einfluß hatten, waren am weitesten entfernt von einer Zustimmung zu einer solchen Erklärung. Dies geht am klarsten aus dem Schreiben des Herrn Michaelis an den Generalfeldmarschall von Hindenburg vom 12. September 1917 hervor, in dem er diesem mitteilt, daß er die Forderungen der Obersten Heeresleitung in seine Verhandlungspläne aufgenommen habe. Durch Harmsworths Darlegungen im Unterhaus ist der Beweis geliefert, daß auch der neutrale Vermittler zu einer Erklärung von deutscher Seite nicht ermächtigt war, und Harmsworth begründet ja auch das Scheitern jedes weiteren Friedensgespräches damit, daß die deutsche Regierung keine Erklärung über Belgien abgegeben habe."

Der Artikel schließt: Herr Michaelis führt durch seine ganze Darstellung, die sich bezeichnender Weise auf das Zeugnis von Herren stützt, die bis vor kurzem feierlich erklärt haben, sie wüßten von der ganzen Angelegenheit nichts, den Beweis, daß auch über seiner Leitung der auswärtigen Politik und seiner Einschätzung von Begriffen wie territoriale Integrität und Souveränität die verhängnisvollen Worte stehen „wie ich sie auffasse".

Die Regierung Erzberger-Bauer macht nachgerade den Eindruck des Dorfrichters Adam im „Zerbrochenen Krug", der auch solange log, bis er sich endgültig festgelogen hatte und dann zum allgemeinen Gaudium und zur Erleichterung aller davonlief. Was die Regierung vorstehend sagt, ist in der Tat nicht mehr ernst zu nehmen, und kann auch nicht mehr dazu dienen, der Regierung über die nächsten fünf Minuten hinwegzuhelfen. Die monarchische Regierung hätte niemals ernstlichen Friedenswillen bekundet — Herr Erzberger hat nie etwas von deutschen Friedensangeboten gehört und Herrn von Bethmann Hollweg niemals mit der langausgestreckten Friedenshand winken sehen. Die belgische Frage soll das Kernstück der englischen (?) Friedensaktion gewesen sein —, Herr Erzberger hat nie davon gehört, daß die Franzosen Elsaß-Lothringen mit der größten Selbstverständlichkeit verlangten, hat nie etwas von den feindlichen Kriegszielen erfahren, die dem Präsidenten Wilson auf dessen Friedensnote im Januar 1917 mitgeteilt wurden, und die sich nur unwesentlich von den Versailler Bestimmungen unterschieden. Herr Erzberger hat sich überhaupt vor seiner Ministertätigkeit niemals mit Politik beschäftigt, hat immer die lauterste Wahrheit gesagt, stets sein Ehrenwort gehalten und sein Millionenvermögen auf reinliche und anständige Art erworben. Herr Erzberger hat auch jetzt wieder in der „D. Allg. Ztg." nach bestem Wissen und Gewissen geschrieben. Zu bedauern bleibt nur, daß dieser dickhäutigste aller Dickhäuter nun auch noch einen Hindenburg, wenn auch in versteckter Form, der Unwahrheit zeiht, indem er ihm vorwirft, daß er vor nicht längerer Zeit von der Angelegenheit, die er hier bestätigt, nichts gewußt haben will. Ein Erzberger hat eben das Erröten verlernt und schreckt vor nichts zurück. □□

*

Auch die blinde Henne findet zuweilen ein Korn, und selbst ein Erzberger wird mitunter gelobt. Geschieht solches Wunder aber einmal, dann wird es mit allen Mitteln neuzeitlicher Propaganda der Oeffentlichkeit zur Hebung der Valuta „Erzberger" schleunigst übermittelt. So muß W. T. B. aus Weimar — das dreifache „er" befindet sich gerade dort — jetzt das Folgende verbreiten:

„Der bekannte Afrikakämpfer General der Infanterie von Deimling hat an den Reichsminister Erzberger ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Mit wahrem und dankbarem Interesse bin ich im Weltkriege Ihren Bestrebungen zur Erringung eines Verständigungsfriedens gefolgt. Daß jede Verständigungspolitik gescheitert ist an der heillosen Verblendung der Obersten Heeresleitung, aber auch an der Schwachheit des Reichstages und an der Charakterlosigkeit der Reichskanzler, das haben einsichtige Truppenführer an der Front, denen klar war, daß man gegen die ganze Welt unmöglich auf die Dauer siegen kann, schon während des Krieges bitter beklagt und verflucht. Man atmet heute ordentlich auf, daß endlich die Wahrheit ans Licht kommen soll und auch das (!!!!!) ist Ihr Verdienst. Das deutsche Volk braucht die Wahrheit, und wenn sie über Leichen ginge. Mögen Sie, Herr Reichsminister, aus dem jetzigen Trommelfeuer als Sieger hervorgehen und möge Ihnen die aufrichtige Zustimmung eines alten Soldaten eine kleine Freude in dem schweren Kampf bereiten."

Meint General von Deimling das wirklich im Ernst so, oder ist er ironisch? Uns klingt es wie grandioser Hohn!

Zur Volksabstimmung

in den Kreisen Eupen und Malmedy wird uns im Anschluß an unsern Artikel „Selbstbestimmungsrecht?" geschrieben:

Die beiden mit der Abtretung an Belgien bedrohten Eifelkreise Eupen und Malmedy sind tatsächlich zum größten Teil von einer rein deutschen Bevölkerung bewohnt, welche die durch den Friedensvertrag verlangte Abtretung allerdings als einen durch nichts gerechtfertigten Gewaltakt erscheinen läßt. Dagegen ist ein Gebiet rings um die Stadt Malmedy (ca. 210 Quadratkilometer mit 10 000 Einwohnern) ganz unbestreitbar wallonisches Gebiet, nicht etwa nur gemischt. Dies Gebiet umfaßt nicht etwa den ganzen Kreis Malmedy, sondern nur ein Viertel, die Sprachgrenze gegen das von den Deutschen bewohnte Gebiet ist ganz klar und scharf zu ziehen und seit Jahrhunderten unverändert.

Kurz vor Ausbruch der Revolution hatte ich Gelegenheit, dieses merkwürdige, seit über hundert Jahren preußische Städtchen, in dem man französisch spricht, aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Man findet hier das seltene Schauspiel zweier anscheinend in voller Harmonie zusammenlebender Nationsteile, der eingesessenen wallonisch-französischen Urbevölkerung und der deutschen mit der Kreisverwaltung oder als Gewerbetreibende zugezogenen Bevölkerung. Die Straßenschilder waren im Frieden zweisprachig, in der Kirche wurde Sonntags erst französisch, dann deutscher Gottesdienst gehalten. Politische Losreisungsbestrebungen existierten nicht: von dem Turm der alten Stadtkirche ließ das Glockenspiel bei jedem vollen Schlag eine deutsch-vaterländische Melodie über die französisch sprechende Stadt ertönen, in der „Semaine", der kleinen französischen Wochenzeitung, konnte man Todesanzeigen wallonischer Kriegsteilnehmer „décoré de la Croix de Fer" lesen. Trotzdem möchte ich bezweifeln, ob die nationale Gleichgültigkeit, die die wallonische Bevölkerung bis zur Revolution reibungslos unter der deutschen Herrschaft leben ließ, ohne weiteres als Anhänglichkeit an das deutsche Reich zu deuten ist. In diesem kleinen wallonischen Gebiet — aber auch nur in diesem — wäre vielleicht eine Volksabstimmung, natürlich mit geheimer Abstimmung, am Platze. Ihr Ausgang wäre zweifelhaft.

Spartakus an der Arbeit

Die „Frankf. Ztg" bringt folgende Nachricht, die geeignet ist, das größte Aufsehen zu erregen. In Erfurt hat sich Anfang Juli ein mitteldeutscher Block der Eisenbahnbeamten aus den Bezirken Frankfurt, Kassel, Erfurt und Magdeburg gebildet zu dem Zweck, die vollständige Demokratisierung der Eisenbahnverwaltungen durch einen Streik zu erzwingen. Es wird im Geheimen an einer Streikorganisation gearbeitet, die bis zum 1. September lossuschlagen bereit sein soll. Schon jetzt finden regelmäßige Zusammenkünfte einer Streikleitung statt, an deren Spitze der im Juni zum Präsidenten der Eisenbahndirektion Erfurt ausgerufene Rechnungsrevisor Schütze stehen soll. Es handelt sich also offenbar um eine Wiederholung der Demokratisierung nach Erfurter Muster.

*

Das Programm der Nationalversammlung

Weimar, 8. August.

Der Aeltestenausschuß der Nationalversammlung stellte heute folgenden Geschäftsplan auf:

Sonnabend, 9. August: 1. Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Elektrizitätswirtschaft. Montag, 11. August: Zweite Beratung der Grundwechselsteuer, Tabaksteuer, Zündwarensteuer und Spielkartengesetz. Dienstag, 12. August und Mittwoch, 13. August: Erste Beratung der Gesetzentwürfe betreffend Reichsnotopfer, Umsatzsteuer und Abgabenordnung. Donnerstag, 14. August: Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Postgebühren, des Ermächtigungsgesetzes zur Ausführung des Friedens, sowie des Betriebsrätegesetzes. Zweite Beratung des Offiziers- und Kapitulanten-Abfindungsgesetzes, Pensionsgesetze. Freitag, 15. August: Erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Kohlenwirtschaft in Verbindung mit einer diesbezüglichen Interpellation Dr. Heinze und Genossen. Sonnabend, 16. August: Dritte Beratung der Steuergesetze, Pensionsgesetze usw. / Fortsetzung der Kohlendebatte. Montag, 18. August und folgende Tage: Zweite und dritte Beratung des Erbschaftssteuergesetzes, Abgabenordnung, Kreditvorlage.

*

Verkehrsstreik in New-York

Haag, 8. August.

Aus Newyork wird gemeldet: Der Streik auf den Schwebe- und Untergrundbahnen hat in Newyork den gesamten Verkehr stillgelegt.

Die Schantungfrage

Amsterdam, 8. August.

In der „Times" vom 6. August veröffentlicht die japanische Botschaft in London eine Erklärung des japanischen Ministers des Aeußeren Uchida über die Schantungfrage. Uchida erinnert daran, daß die japanische Regierung in einem am 15. August 1914 an die deutsche Regierung gerichteten Ultimatum die bedingungslose Auslieferung des ganzen Pachtvertrages von Kiautschou an Japan bis spätestens 15. September 1914 verlangte in der Absicht der schließlichen Rückgabe dieses Gebiets an China. Diese Forderung habe niemals den Einspruch einer alliierten oder assoziierten Macht hervorgerufen. Japan verlangt jetzt als eine der wesentlichsten Bedingungen für den Frieden, daß ihm das Pachtgebiet von Kiautschou ohne Bedingungen oder Kompensationen ausgeliefert wird und ist willens, China das ganze fragliche Gebiet zurückzugeben und mit der Regierung in Peking über die zur Durchführung seiner Versprechungen nötigen Regelung in Verhandlungen zu treten, sobald das nach der Ratifizierung des Versailler Vertrages durch Japan möglich ist. Japan beabsichtige nicht, irgend welche Rechte, die die territoriale Souveränität Chinas in der Schantungprovinz beeinträchtigen, zu erheben oder zu beanspruchen.

Die Bedeutung der Klauseln der Erklärung des Barons Matino vom 5. Mai, die die Politik Japans ist, die Souveränität über die Schantunghalbinsel an China zurückgeben und die nur Deutschland gewährten Konzessionen zu erhalten, muß allen klar sein. Sobald eine Einigung zwischen Japan und China über die Rückgabe Kiautschous erreicht ist, werden die japanischen Truppen, die jetzt Kiautschou und die China-Fu-Eisenbahn bewachen, vollständig zurückgezogen werden. Es besteht die Absicht, diese Eisenbahn als gemeinsames chinesisch-japanisches Unternehmen ohne irgend welchen Unterschied in der Behandlung irgend einer Nation zu betreiben. Die japanische Regierung beabsichtigt, solche Vorschläge für die Errichtung einer allgemeinen ausländischen Niederlassung in Tsingtau an Stelle der rein japanischen Niederlassung zu machen, auf die es nach dem Vertrage 1915 Anspruch hat.

Nachdruck verboten.

Der Staatsanwalt

4] Roman von Artur Brauseweiter.

Nur die Kinder, die haben herrlich in Seewald — die genießen ohne Sorge und Mühe in vollen Zügen wie nur Kinder genießen können. In endlosen Kolonnen liegen sie im reinen Strandsande und bauen mit den Gespielen Dämme und Burgen und graben und butteln und backen in selbstgefertigten Herden und lassen Wasser ab und zu und führen Kanäle hin und wieder, auf denen sie ihre Schiffchen schwimmen lassen mit den bauschigen Segeln und stolzen Masten und jauchzen und klatschen in die Hände und tummeln sich, daß es eine Herzenslust ist, und der grimmste Hypochonder sich des Lächelns nicht entwehren kann, wenn er dies Bild sieht am Nordstrand von Seewald.

Und wenn Vater und Mutter, ermüdet von des Tages Hitze und Arbeit, auf die rotbraunen Wangen, in die hellleuchtenden Augen ihrer Lieblinge sehen, dann haben sie alle Mühsal vergessen, dann reichen sie einander die Hände, schauen dankbewegt sich an und sagen: „Es geht doch nichts über einen Sommer in Seewald!"

Freilich — es gibt auch einige Bevorzugte, die es machen können wie der gesuchte Justizrat Niebert. Der schickt Frau und Tochter in ein vornehmes Familienpensionat, läßt sich indessen in der Stadt nichts abgehen, hat seine gute Bedienung, speist im ersten Hotel, und nur, wenn er Zeit und Lust hat, fährt er auf Stunden und Tage nach Seewald, wo im Pensionat Falke stets ein Zimmer für ihn bereit steht, um das Bedauern seiner kleinen Frau, wie viel Entbehrungen er sich auferlegte, nur damit sie sich hier erholen, mit schmunzelnder Dudermiene abzuwehren. „Man muß immer an sich denken", pflegt er dann zu sagen, „wenn du dich nur wohl fühlst und Gerda sich erholt."

Gott sei Dank, sie hat sich auffallend erholt. Auf die bleichen Wangen ist etwas Farbe wieder zurückgekehrt, die großen Augen fangen langsam an zu leuchten.

Sie hat Seewald noch nie so schön gefunden wie jetzt.

Und schön ist Seewald. Man muß es nur nicht kennen lernen in der Hochflut der Saison, wenn Stege und Wege erdrückt werden vom Strom geputzter Menschen, und mit unbarmherziger Beharrlichkeit die mittelmäßige Kurkapelle bis in die Nacht ihre schläferigen Weisen ertönen läßt — man muß es kennen lernen, wie Gerda es jetzt zum ersten Male sah, im Frühling, wenn die Kastanien blühen und der Flieder duftet, wenn der leuchtenden Saaten erstes Grün gar wunderbar kontrastiert zu dem gesättigten Tiefblau der stillen See und über all das am hellen Himmel die Sonne steht so neckisch lachend, so fröhlich tändelnd über dem unermeßlichen Meer, so schalkhaft hinhuschend über seinen breiten Rücken! — Ein Zauber des Unberührten und Keuschen liegt noch über dieser Natur — langsam und spröde nur enthüllt sie ihre ersten Reize, und eifersüchtig fast breiten schon die Buchen und Birken von den Hügeln und Bergen herab ihr junges Laub über diese erwachenden Reize, in ihren wallenden Schleier sie bergend.

„Haben Sie schon Ihre neuesten Hausgenossen begrüßt?" fragte der Amtsrichter Gerstkopff, als er die Damen zu einem gemeinsamen Spaziergang aus der Pension Falke abholte.

Es verging kaum ein Tag, daß er das nicht tat. Der Justizrat hatte Frau und Tochter seinem Schutz empfohlen, da war es eben seine Pflicht, dies Vertrauen zu rechtfertigen. Er war ein leiblicher Mensch, auch Gerda sah es mehr und mehr ein. Alles an ihm war Mittelmaß wie seine Figur — er sprach viel und am liebsten von sich, er rühmte sich gern, wie alle mittelmäßigen Menschen, der wenigen Tugenden, die er nicht besaß, und dachte geringschätzig über die vielen, die ihm zu eigen waren, er war stets unterhaltend, nie von Launen abhängig, zu allem aufgelegt, unermüdlich und erfinderisch, wenn es galt, den Damen zu dienen; vor allem war er stets mit Neuigkeiten versehen und freute sich wie ein Kind, sie mitzuteilen. Besonders an Gerda, die sich von Tag zu Tag mehr an den angenehmen Gesellschafter gewöhnt hatte und ihn mit jener, oft freundschaftlichen Liebenswürdigkeit behandelte, wie sie jungen Damen eigen ist, deren Herz bereits entschieden hat.

Sie kannte ihn — an seiner Miene sah sie es, sie hörte es aus seinen Worten, daß er heute etwas ganz besonderes erfahren hatte.

„Also eine sehr interessante Neuigkeit! Nur los, Herr Amtsrichter, spannen Sie unsere Neugier nicht zu lange auf die Folter — wer sind die geheimnisvollen Fremden?"

Er zuckte die Achseln.

„Eine Freifrau mit ihrem Sohn. Ein armes Kind, ein Idiot oder so was — ein Jüngling fast und sieht aus wie ein Knabe von acht Jahren."

„Die arme utter!" fiel Frau Niebert ein.

„Nun, so schlimm ist es nicht, sie ist nur Stiefmutter von ihm, noch viel zu jung für ihn. Sie ist die zweite Frau gewesen — man munkelt alles mögliche, aber das meine Güte, was munkelt man nicht alles in Seewald, und besonders jetzt, wo die Fremden noch selten kommen."

„Also Sie kennen die ganze Geschichte! Wie lange sollen wir noch warten?!"

„Was heißt die ganze Geschichte, mein gnädiges Fräulein? Was man so am Stammtisch hört. — Der alte Freiherr — Türck soll er heißen — hatte von seiner ersten Frau, einer nahen Verwandten, nur dieses eine Kind, die Ehe war überhaupt in jeder Beziehung unglücklich. Als man eben die Scheidung einleiten wollte, starb die Frau. Der Freiherr war bereits gebunden — eine Schauspielerin aus Berlin. — Das weitere erlassen Sie mir — kurz, er heiratete sie, stirbt und hinterläßt ihr ein riesiges Vermögen und diesen einen Sohn."

„Freilich für sie keine gute Zugabe."

„Angenehm wird sie ihr nicht sein — aber der Alte hat sie ihr einigermaßen versüßt. Er hat ein hübsches Kapital für den armen Jungen ausgesetzt, dessen Nutznießbrauch ihr bei seinen Lebzeiten schon zufällt. Wenn sie also sein Geduld hat und abwartet, bis er eines sanften Todes stirbt, ohne ihn zu beschleunigen —"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908091-16/fragment/page=0002

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft

Nationalversammlung

74. Sitzung.

Weimar, 8. August.

Am Regierungstische: Bauer, Erzberger, Dr. Dalrose, Giesberts, Schlade u. a.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 4 Uhr. Auf Tagesordnung stehen zunächst 17 Anfragen.

Abg. Steinstorff (Dem.) verlangt angesichts der bevorstehenden Verdoppelung der Gebührensätze für den Fernsprech- und Telegrammverkehr bestimmte Garantien für die Wiederherstellung des früheren normalen Verkehrs.

Direktor im Reichspostministerium Kühler gibt eine Uebersicht über die Steigerung des Verkehrs auf diesem Gebiet. Diese Steigerung habe infolge der Einschränkung im Eisenbahnpostverkehr eine weitere Zunahme erfahren, wie auch die Tatsache, die mit Vorrang gehenden Staats-Telegramme und Gespräche erheblich zugenommen haben. Anderseits hätten die Leitungen während des Krieges nicht vermehrt werden können. Gegenwärtig geschehe aber alles, was in den Mitteln des Reichspost-Ministeriums liege, um den beklagten Zustand abzubessern.

Abg. Kunert (U. S.) fragt, ob die Regierung bereit sei, der Verordnung der diesjährigen Gerstenernte durch ein völliges Verbot des Brauens und Brennens entgegenzutreten.

Geheimrat Dr. Beyerlein: Gegenwärtig beträgt die dem Brauereibetriebe zugewiesene Menge nur noch etwa 1¼ Prozent der für den Konsum der Bevölkerung reservierten Gerstenmenge. Für das neue Wirtschaftsjahr wird wieder eine weitere wesentliche Einschränkung erfolgen.

Zur Ergänzung stellt Abg. Kunert die weitere Frage, ob die Reichsregierung bereit sei, auch diese eingeschränkte Verwendung im Interesse der Sicherstellung der Volksernährung zu verbieten.

Geheimrat Dr. Beyerlein: Darüber kann ich eine bestimmte Zusage nicht machen. Es darbelt sich ja bloß noch um ein Prozent. Gegen ein völliges Verbot sprechen doch erhebliche Brauereiinteressen.

Abg. Mistele (Dem.) weist in einer ausführlichen Anfrage auf die Schwierigkeiten hin, die der Industrie durch die Mängel der Leimversorgung neuerdings entstanden sind.

Geheimrat Dr. Bachem: Maßnahmen sind bereits getroffen. Leim in ausreichender Menge aus dem Auslande einzuführen. Völlig freigegeben kann die Leimeinfuhr zurzeit noch nicht werden.

Abg. Delius (Dem.) lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß Bezirksarbeiterräte, wie in Merseburg, auch wie vor ein völliges Aufsichtsrecht über den ganzen Betrieb für sich die Behörden in Anspruch nehmen und ausüben, und verlangt Abhilfe.

Geheimrat Tiburtius: In dem Gesetzentwurf für die Betriebsräte wird auch die Befugnis dieser Bezirksarbeiterräte eingegrenzt werden.

Abg. Raute (U. S.) weist auf die riesigen Gewinne der Viehverbände während des Krieges hin und auf die Ueberschüsse, die sie noch jetzt machen und verlangt Maßnahmen, um diese Gewinne restlos der Allgemeinheit zuzuführen.

Geheimrat Dr. Beyerlein: Diese Verbände haben das Recht, Beiträge zu erheben. Die Ansammlung von Ueberschüssen war erforderlich. Bestimmungen über die Anwendung der Ueberschüsse zu treffen, ist Sache der Einzelstaaten. Die Verwendung hat ausschließlich im öffentlichen und gemeinsamen Interesse zu erfolgen.

Abg. Hartmann-Berlin (Dem.) fragt nach dem Ergebnis der Rechnungslegung der Arbeiter- und Soldatenräte entsprechend der Verordnung über das Finanzgebaren der Arbeiter- und Soldatenräte vom 13. Januar 1919. Er erkundigt ferner Auskunft, in welchem Umfange Hafthbarkeit früherer Mitglieder der A- und S-Räte für nachweislich schuldhafte unzulässige Ausgaben und Verfügungen eingetreten ist.

Geheimrat Baumisch vom Reichsfinanzministerium: Die Reichsregierung ist noch nicht in der Lage, über das Ergebnis der Rechnungslegung der A- und S-Räte erschöpfende Auskunft zu erteilen, da das Material trotz allem Drängen nur unvollständig vorliegt. (Hört, hört! rechts.) Ein Teil der Soldatenräte hat die

Rechnungslegung abgelehnt,

Personenwechsel machte sie wie an anderen Stellen unmöglich. Das Kriegsministerium gleubt aber zum 15. August eine Gesamtübersicht in Aussicht stellen zu können. Das Reichsmarineamt hat noch keine näheren Unterlagen beibracht und auch von den Bundesregierungen, zum Beispiel von Sachsen und Braunschweig, wo die fraglichen Fragen zweifellos erheblich waren, steht noch ein Teil der Berichte aus. Im Augenblick ergibt sich folgendes Bild:

Die Kosten sind in der Hauptsache persönlich, Tagegelder und Reisekosten, in geringem Umfange sächliche Geschäftsunkosten, daneben aber auch Ausgaben für reine Parteizwecke. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.) Beim Heer sind an bestimmungsmäßigen Posten bis zum 31. März etwa 38 Millionen Mark aufgewendet worden. (Lebhaftes Hört, hört! rechts und in der Mitte.) Nach den bisherigen Unterlagen hat das Reich mindestens 100 Millionen Mark eingebüßt. (Lebhaftes Hört, hört!) In Sachsen werden die Ausgaben auf 13 Millionen Mark beziffert. (Hört, hört!) Die mitgeteilten Kosten der Bundesstaaten belaufen sich auf etwa 22 Millionen Mark, in Preußen allein auf 19 Millionen, abgesehen von den für den Vollzugsrat und den Zentralrat bewilligten Beträgen. Ueber eine Haftbarmachung einzelner Mitglieder der A- und S-Räte ist bisher nichts bekannt geworden. Das Reichsfinanzministerium stellt eine Gesamtübersicht noch vor der Vertagung der Nationalversammlung in Aussicht.

Abg. Schwarzer-Oberbayern (Zentr.) führt in einer Anfrage Klage über die schlechte Abwicklung des Postverkehrs.

Ein Vertreter des Reichspostministeriums führt die mangelhafte Postbeförderung auf die unzulängliche und unregelmäßige Eisenbahnbeförderung und auf Mängel im Betriebe der Kraftpostlinien zurück.

Nach Erledigung weiterer Anfragen teilt Präsident Fehrenbach mit: Für Montag vormittag und nachmittag sowie die beiden folgenden Tage sind zweite Beratungen des Grund- und Tabaksteuergesetzes, der Gesetze über Zündwaren und Spielkarten angesetzt, sowie die erste Beratung des Gesetzes über die Reichsnotopfer usw. Zu dieser ersten Beratung soll bereits am Montag nachmittag durch die einleitende Rede des Finanzministers übergegangen werden. Für die genannten großen Gesetze werden zwei Rednerlisten vorgeschlagen, während für das Reichsfinanzgesetz nur eine in Aussicht genommen ist.

Ich kann den Herren mitteilen, daß wir, wenn alles gut geht, heute in vierzehn Tagen vielleicht in Ferien gehen können. (Heiterkeit.) Aber es muß alles gut gehen. (Erneute Heiterkeit.)

Der Gesetzentwurf einer 6. Ergänzung des Besoldungsgesetzes wird in allen drei Lesungen ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzes über eroberungsbedingte Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland. Das Gesetz wird dem Zehner-Ausschuß überwiesen.

Abg. Wedelstein (Dem.) beantragt Ueberweisung an den Wirtschaftsrat.

Reichsfinanzminister Erzberger: Ich hoffe auf raische Erledigung des Gesetzes, wenn ich auch angesichts Kommissionsberatung eingewunden habe, sie wird sich voraussichtlich sehr rasch erledigen. Ein Widerspruch besteht in Wirklichkeit nicht. Der Friedensvertrag kommt nur soweit in Betracht, als er von uns vollzogen wird. Die Devisenordnung wird restlos außer Kraft gesetzt werden, ehe das Gesetz seinerseits in Kraft tritt. Für den raschen Aufbau der Kriegswirtschaften ist die ganze Regierung, die Aufhebung der entsprechenden Verordnung ist in Aussicht genommen.

Das Gesetz wird dem Zehner-Ausschuß überwiesen.

Es folgt erste Beratung des Gesetzes betreffend die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Reichsschatzminister Mayer: Der vorliegende Gesetzentwurf, durch den auf Grund des Sozialisierungsgesetzes die Elektrizitätswirtschaft sozialisiert werden soll, bezweckt erstens die Schaffung eines in Reichseigentum stehenden elektrischen Höchstspannungsleitungsnetzes, das sich im Laufe der Jahre ähnlich dem deutschen Eisenbahnnetz über das ganze Reich ausbreiten soll, und zweitens die Sicherung eines maßgebenden Einflusses des Reiches auf die bestehenden und noch zu errichtenden elektrischen Erzeugungsanlagen größeren Stils. Vor allen Dingen sollen die heute schon bestehenden großen elektrischen Erzeugungsgruppen, die mitteldeutsche, die sächsische, die süddeutsche und die oberschlesische untereinander verbunden werden. Mit Durchführung dieses Gesetzes übernimmt monopolisch das Reich die Ausgabe des Großbrandstoffes der elektrischen Energie. Höchstspannungsleitungen sind fortan Reichssache. Ein Höchstspannungs-Leitungsnetz kann zweckmäßig nur vom Reiche betrieben werden. Deshalb macht der Entwurf auch vor den bestehenden und projektierten Anlagen der Länder nicht Halt, und es ist zu begrüßen, daß die Länder in Würdigung der Bedeutung dieser dem Reich zustehenden Aufgabe ihre Zustimmung dazu gegeben haben. Zu einer

einheitlichen Elektrizitätswirtschaft

gehört eine Beherrschung der wichtigsten und größten Stromerzeugungsanlagen durch die öffentliche Hand.

Allerdings erscheint es hier nicht möglich, ein Monopol des Reiches festzulegen. Es muß darauf Rücksicht genommen werden, daß sich jetzt schon ein erheblicher Teil der großen Elektrizitätserzeugungsstätten in der Hand von Kommunen und Ländern befindet, und es erscheint daher ausreichend, nur die privatkapitalistische Beteiligung an solchen großen Kraftwerken in die Hände des Reiches zu legen und auf die Weise vor allen Dingen auch den Kommunen die wirtschaftliche Stütze zu erhalten, die sie bisher an ihren Elektrizitätswerken gehabt hat.

Durch den Paragraph 20 ist eine Regelung der ganzen Materie, so weit sie nicht durch dieses Gesetz erfolgt, durch ein besonderes Reichsgesetz vorgesehen, das spätestens bis zum 1. Oktober 1920 vorgelegt werden soll. Die Entschädigungsfrage soll auf der Grundlage geregelt werden, daß eine Vergütung der Gestehungskosten unter Berücksichtigung der Abschreibungen gewährt werden soll. Der Gesetzentwurf ist vor allem dazu bestimmt, die Lücke in unserer Kohlenversorgung, mit der wir nun einmal rechnen müssen, nach Möglichkeit und mit tunlichster Beschleunigung auszugleichen. Das Reich führt also mit dem Entwurf auch eine Bereicherung der Gliedstaaten, nicht aber eine Beraubung herbei. Tritt die Volksvertretung auf den Boden der Vorlage und verhilft sie ihrem Grundgedanken zur Durchführung, so wird sie der Welt zeigen, daß Deutschland weiter leben will, und auch in einer Zeit der tiefsten Erniedrigung die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und auf den Wiederaufstieg nicht fahren läßt. (Beifall.)

Um 6 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung auf Sonnabend 3 Uhr nachmittags vertagt.

Warum trat Rosenberg zurück?

Weimar, 8. August.

Die deutschnationale Fraktion hat in der Nationalversammlung folgende Anfrage gestellt:

Sind der Reichsregierung die ihr Ansehen schwer schädigende Aeußerung der Presse über die Gründe des Abschieds des Leiters der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes von Rosenberg bekannt, und ist sie bereit, der Nationalversammlung mitzuteilen, ob Herr von Rosenberg in der Tat seinen Abschied genommen hat, weil er die Darstellung des Herrn Reichsfinanzministers Erzberger über die Vorgänge im September 1917 als wahrheitswidrig und als nicht zulässig gehalten hat?

Wir möchten vorschlagen, diese Anfrage in etwa folgender Form zu erweitern:

Sind der Reichsregierung die Erklärungen bekannt, die zu den von dem Herrn Reichsfinanzminister aufgestellten Behauptungen über die Vorgänge im Spätsommer 1917 von dem Grafen Czernin und Wedel, der Herrn Minister des Auswärtigen Hermann Müller, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem General Ludendorff, den Staatsministern Dr. Michaelis und Dr. Helfferich, von der englischen und französischen Regierung gegeben worden sind?

Erachtet sie danach eine schwerwiegende Irreführung der Oeffentlichkeit, verbunden mit einer schweren Schädigung des deutschen Ansehens in der Welt für vorliegend?

Wenn ja, was gedenkt sie zur Beseitigung des entstandenen und zur Verhütung ferneren Schadens zu tun?

Provinz Sachsen

Ein landwirtschaftliches Tarifamt

Magdeburg, 7. August.

Die im Anschluß an die Zentral-Auskunftsstelle Sachsen-Anhalt errichtete Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitgeber und Arbeiter der Provinz Sachsen und Anhalt hat beschlossen, bei der Geschäftsstelle ein Tarifamt einzurichten. Dem Tarifamt obliegt die Förderung des einheitlichen Ausbaues des Tarifwesens innerhalb des genannten Bezirks, die Ueberwachung der Erfüllung der tariflichen Pflichten, der Pflichttreue und die Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen, soweit diese einheitlich für den ganzen Bezirk der Arbeitsgemeinschaft gewacht werden können. Außerdem tritt das Tarifamt an die Stelle der provinziellen Arbeitsgemeinschaft als zweite Instanz bei der Schlichtung von Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten in der Landwirtschaft.

*

S. Oppin, 8. August. (Kirchliches Jubiläum.) Die Gemeinde Oppin ist eine der ersten, die die Reformation annahmen. Schon zwei Jahre nach Luthers Thesenanschlag trat der hiesige römisch-katholische Priester mit seiner Gemeinde zum deutsch-evangelischen Glauben über. Dreyhaupt führt unter den hiesigen Geistlichen als ersten an: „Johann Zimmermann, der sich zur Evangelischen Warheit bekant, und 1519 von Luthero auf seiner Durchreise von Halle nach Wittenberg examiniret, introduciret und investiret worden.“ Unser Ort kann also in diesem Jahre die Jubelfeier der Einführung der Reformation vor 400 Jahren begehen.

I. Genthin, 7. August. (Auflösung.) Das Reichswehr-Pionier-Bataillon Nr. 25 hat nun unsere Stadt verlassen und wurde nach Görden bei Brandenburg, dem nunmehrigen Standort, durch einen Dampfer befördert. Hier bleibt nur noch das Abwicklungskommando des aufgelösten Pionier-Bataillons Nr. 27 aus Trier.

R. Dessau, 8. August. (Der Staatsrat) hat eine anhaltische Bundesstelle für Kriegsgefangenenheimkehr errichtet. Sie hat ihre Diensträume im Ministerium des Innern. Die Landesstelle hat neben der Fürsorge für die Kriegsgefangenen die Sorge für die Zivilgefangenen, die Kriegsflüchtlinge, die Abwandernden aus den abzutretenden oder besetzten Gebieten und im Freistaat Danzig übernommen.

— Eisfeld, 7. August. (Streik der Holzarbeiter.) In der Stadt Eisfeld wie im ganzen hiesigen Bezirk sind heute die Holzarbeiter wegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Halle und Umgebung

Halle, 9 August.

Kohlenförderung und Bautätigkeit

Ueberall, in Stadt und Land, herrscht der größte Wohnungsmangel, der zwar durch die verschiedensten von den Behörden getroffenen Maßnahmen vorübergehend etwas gelindert, dauernd aber nur durch eine ausgedehnte Bautätigkeit behoben werden kann. Aber diese dringend nötige Bautätigkeit konnte trotz der günstigen Jahreszeit in den letzten Monaten wegen des großen Mangels an Baustoffen nicht in dem gewünschten Umfange einsetzen, wofür wieder die geringe Kohlenförderung ursächlich ist. So wird im Reichs-Arbeitsblatt darauf hingewiesen, daß der Rückgang der Kohlenförderung im Ruhrrevier und in Oberschlesien in den ersten fünf Monaten des Jahres fast 24 Millionen Tonnen gegenüber dem Vorjahre betragen habe, was u. a. zur Folge hatte, daß im Juni 1919 von 18 000 deutschen Ziegeleien 16 500 hauptsächlich infolge Kohlenmangels stillagen. Auch von den Zementwerken arbeitete aus gleicher Ursache nur die Hälfte. Aehnlich liegen die Verhältnisse in allen Industrien, die von Einfluß auf die Bautätigkeit sind, so daß mit einer Gesundung des Wohnungsmarktes wohl in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden kann.

— Unentgeltliche Rechtsauskunft. In dem Bericht über die Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Volkspartei ist angegeben worden, daß in der Geschäftsstelle des Deutschnationalen Volksvereins Halle eine Auskunftsstelle für unbemittelte Parteimitglieder in rechtlichen und gesundheitlichen Angelegenheiten eingerichtet worden sei. Wir werden ermächtigt, ausdrücklich festzustellen, daß diese Auskunftsstelle nicht nur den Parteimitgliedern, sondern jedermann, gleich welcher Parteizugehörigkeit, zur Verfügung steht.

— Krankenversicherung. Das Gesetz vom 28. Juni 1919, in welchem u. a. die Frage der Ersatzkassen, besonders die Verpflichtung zur Abführung der Beiträge für Mitglieder von Ersatzkassen neu geregelt worden ist, hat sowohl in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten als auch der Arbeitgeber vielfach eine irrtümliche Auslegung erfahren.

Zur Aufklärung sei deshalb darauf hingewiesen, daß die krankenversicherungspflichtigen Mitglieder von Ersatzkassen (gehobene Angestellte bis zum Einkommen von 5000 Mk., sonstige ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens), die bei einem Arbeitgeber in Beschäftigung treten, von diesem nach wie vor binnen 3 Tagen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse (bzw. der zuständigen Krankenkasse) anzumelden und beim Austritt aus der Beschäftigung abzumelden sind. Weiter müssen, wie bisher, Beschäftigte, die vom Recht des § 517 R. V. O. Gebrauch machen, also das Ruhen ihrer Rechte und Pflichten bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse herbeiführen wollen, den bezüglichen Antrag innerhalb der vorgeschriebenen Frist bei dieser Kasse stellen. Nur für solche Mitglieder, deren Rechte und Pflichten ruhen, sind von den Arbeitgebern Beiträge an die Ortskrankenkasse nicht zu leisten; dagegen haben sie, und zwar ab 30. 6. 19, das übliche Beitragsdrittel — das früher die Ortskrankenkasse erhob — an die betreffende Ersatzkasse unmittelbar abzuführen. Dies gilt allerdings nur gegenüber solchen Ersatzkassen, für die auf Grund des § 518 R. V. O. eine Anordnung über Abführung von Beitragsteilen der Arbeitgeber erlassen worden ist; für die Mitglieder von Ersatzkassen, für die eine solche Anordnung nicht besteht, verbleibt es bei dem bisherigen Verfahren. Versäumt das Mitglied die Stellung des Ruheantrages, so bleibt seine Vollmitgliedschaft bei der Ortskrankenkasse bestehen und Arbeitgeber und Versicherter haben den vollen Beitrag an die Ortskrankenkasse zu zahlen, der pflichtmäßig für das Mitglied zu erheben ist. Dasselbe gilt für Versicherungspflichtige, welche zur Krankenversicherung bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse nicht angemeldet sind und für welche das Ruhen der Rechte und Pflichten nicht nachgeholt worden ist. Im Zweifelsfalle empfiehlt es sich, bei der Ortskrankenkasse oder der Ersatzkasse Nachfrage zu halten.

— Das Verschwinden der Kraftfahrdroschken. In allen Großstädten wird in neuester Zeit über einen auffallenden Mangel an Kraftfahrdroschken im Verkehr geklagt; sie verschwinden immer mehr aus dem Verkehr, während private Kraftwagen in steigendem Umfange im Gebrauch sind. Man hat diese Erscheinung anfangs auf den Mangel an Gummibereifung und Benzol zurückgeführt. Tatsächlich aber hat die Sache einen anderen Zusammenhang. Die Kraftfahrdroschken erhalten für ihren Betrieb im allgemeinen monatlich 500—600 Liter Benzol zum Preise von 62 Pfg. für den Liter zugeteilt. Im Schleichhandel wird das Liter aber mit 5—6 Mk. bezahlt. Die Besitzer der Kraftfahrdroschken sollen nun, so wird von gut unterrichteter Seite behauptet, das ihnen zugeteilte Benzol zu diesem Preise weiter verkaufen, wodurch ihnen eine Einnahme erwächst, die trotz der stark erhöhten Fahrpreise mit dem Kraftfahrwagen nicht zu erzielen ist. Der Schleichhandel zeigt also auch auf diesem Gebiet seine schädigende Wirkung in unserem ganzen wirtschaftlichen Leben.

— Gegen die Erhöhung der Fischpreise. Der Verband der deutschen Hochseefischereien gibt bekannt: Infolge des Ausbleibens von ausländischen Fischauftrieben und des durch Kohlenmangel bewirkten teilweisen Stillegens der deutschen Fischdampferflotte konnten in den letzten Tagen nach Eintritt des freien Fischhandels die Fischzufuhren die Anfrage nicht annähernd befriedigen, was eine außerordentliche Steigerung der Fischpreise in den Auktionen zur Folge hatte. Der Verband der deutschen Hochseefischereien hat daher im Einvernehmen mit Fischhandel und Fischindustrie beschlossen, Auktionen nur bei großen Zufuhren abhalten zu lassen, bei geringen Zufuhren dagegen Verteilung der Fische vorzunehmen, und zwar zu den alten Preisen, wie sie der Reichskommissar für Fischversorgung für Massenfische festgesetzt hat. Diese Maßnahme tritt bereits am 8. August in Kraft.

— Postverkehr mit Posen. Nach dem von den Polen besetzten Teil der Provinz Posen können wieder gewöhnliche Briefsendungen jeder Art versandt werden. Die Sendungen sind nach den Inlandsgebührensätzen freizumachen. Sie sind über Kreuzburg-Posen zu leiten.

— Die Vereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Ortsgruppe Halle und den Regierungsbezirk Merseburg hält ihre nächste Mitgliederversammlung nicht am Sonntag, 10. Aug., sondern erst am Sonntag, den 17. August, vormittags von 11 Uhr ab im Kriegsgefangenen-Heimkehrer-Heim auf dem Bahnhofe in Halle ab.

— Armenpflege. Die Stadtverordneten-Versammlung hat als Armenpfleger gewählt: im 24. Armenbezirk den Maurerpolier Herrn Paul Hanac, Teichstraße Nr. 10.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908091-16/fragment/page=0003

„H.J." Sportberichte

Spielvereinigung Fürth gegen Sportverein 98

Spielbeginn pünktlich heute (Sonnabend) um 6 Uhr nachm. auf dem Sportplatz am Zoo. Bei dem regen Interesse für dieses Treffen unserer 98er mit dem deutschen Meister dürfte es sich bei dem zu erwartenden Massenbesuch empfehlen, sich rechtzeitig einen guten Platz zu sichern. Platz- und Kassenöffnung um ½5 Uhr. Wer wird bei der guten Besetzung beider Mannschaften siegen? Wir geben den bayerischen Gästen die größeren Aussichten, glauben aber, daß die 98er einen starken Gegner abgeben und dadurch den Kampf zu einem sportlichen Genuß stempeln werden. Unsere und die besten Wünsche aller Hallescher Sportfreunde begleiten die heimische Mannschaft in dem schweren und verantwortungsvollen Kampfe gegen den deutschen Meister.

Ueber den Verlauf des Spieles bringen wir ausführlichen Bericht.

*

Vorschau auf Frankfurt a. M.

Sonntag, den 10. August, nachmittags 2½ Uhr.

Der Frankfurter Rennklub bringt heute und am Dienstag seine beiden Augustitage zur Entscheidung, in deren Mittelpunkt das den Zweijährigen vorbehaltene Landgrafen-Rennen und das für die Dreijährigen ausgeschriebene Alexander-Rennen stehen. Heute steht die den jüngeren Pferden vorbehaltene Prüfung auf dem Programm. Nach dem voraussichtlichen Sieger braucht man nicht lange zu suchen, denn Endegut aus dem Stall der Herren von Weinberg hätte schon in Hannover Margrit geschlagen, wenn er nicht zu spät in die Entscheidung geworfen wäre. Hier dürfte er der Stute gegenüber bestimmt den Spieß umkehren und leicht gewinnen. Mit in die Entscheidung könnte eventuell Elga greifen, die in der Arbeit stets gefällt. Nächst dieser Prüfung verdienen noch der Preis von Grabitz und der Preis vom Main das meiste Interesse. Beide Rennen sind recht offen. In der erstgenannten Prüfung legen wir das Ende zwischen Kolmerhof, Taurus, Magier, Pella und Oblate, die mit fast gleichen Aussichten ins Rennen gehen. Magier gewann erst in Hannover, doch fragt es sich, ob er hier Kolmerhof gewachsen sein wird, in dem wir den voraussichtlichen Sieger sehen. Im Preis vom Main trägt Engadin reichlich viel Gewicht, so daß wir ihm Wackerbart vorziehen. Eggenfelden und Cherusker 2 dürften mit beim Ende sein. Den einleitenden Preis von Wolfsgarten sollte an die zweimal in München ansprechend gelaufene Opanke fallen, die wohl in erster Linie Peri und Oberfeldherr zu schlagen hat. Von den beiden Hindernisrennen ist das den Tag beschließende Frankfurter Jagdrennen das wertvollere. Siegreich bleiben könnte dort Coral Wave gegen Dux und Welpota. Nachstehend unsere genauen

Voraussagen:

1. R. Opanka—Peri.
2. R. Seganini—(Godesberg)—Stall Weinberg.
3. R. Magier—(Godesberg)—Doussinir.
4. R. Endegut—Margrit.
5. R. Wirbel—San Martino.
6. R. Kolmerhof—(Magier)—Oblate.
7. R. Wackerbart—Engadin.
8. R. Coral Wave—Felsenfest.

Nächster Galopp-Renntag: Dienstag, der 12. August; Frankfurt am Main.

*

Die Hallesche Turnerschaft veranstaltet ihre Jahngeburtstagsfeier am Montag, den 11. August, abends 7½ Uhr im großen Saale der Saalschloßbrauerei.

— **Berliner Schwimmer in Böhmen erfolgreich.** Der Berliner Schwimmverein Friesen gewann bei dem Internationalen Wettschwimmen in Wasserdorf (Böhmen) die Hauptstafette und die Seniorstafette. Es ist dies der erste Erfolg deutscher Schwimmer in internationalen Wettkämpfen nach dem Kriege.

— **Erhöhung der Eintrittspreise für Karlshorst.** Infolge der am 2. August d. J. durch die Gemeinde Friedrichsfelde erfolgten Veranlagung zu einer zwanzigprozentigen Billettsteuer ist der Verein für Hindernisrennen bei der hohen Verteuerung der Betriebskosten und da die Ueberschüsse aus dem Totalisator dem Staate zur Verwendung überlassen worden müssen, genötigt, eine Aenderung in den Karlshorster Eintrittspreisen vorzunehmen, die im wesentlichen in der Aufhebung der Damenkarten besteht. Die Karlshorster Eintrittspreise sind daher künftig: Logenplatz 15 Mk.; 1. Platz 10 Mk., Kinder 2 Mk.; Wagenkarte 10 Mk.; Sattelplatz 6 Mk., Kinder 1 Mk.; 2. Platz (Einlauf) 8 Mk., 2. Platz (Eisenbahn) 2 Mk.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Halische Zeitung" gestattet

Gewichtsberechnung der deutschen Handelsstatistik

Für die deutsche Handelsstatistik hat sich das Bedürfnis herausgestellt, die Menge der aus- und eingeführten Waren in handelsüblichen Maßstäben nachzuweisen und nicht nur wie bisher die Menge in Kilogramm anzugeben. Der Präsident des Statistischen Reichsamts hat die Industrieverbrauchen zur Aeußerung darüber aufgefordert, ob „neben der Angabe in Kilogramm die Anmeldung in anderen handelsüblichen Maßstäben in Frage kommt. Eine weitere Neuerung, mit deren Prüfung das Statistische Reichsamt beschäftigt ist, betrifft die Festsetzung einer einheitlichen Grundlage für die Errechnung des Reingewichts. Die Feststellung des in der Handelsstatistik veröffentlichten Reingewichts, also des Gewichts ohne jede Verpackung (Eigengewicht), erfolgte bisher nicht in einheitlicher Weise, da das handelsübliche Reingewicht nicht immer mit dem zolltechnisch festzustellen übereinstimmt. Für Ausfuhrgüter geschah die Feststellung vielfach auf Grund des Bruttogewichts nach Abzug des geschätzten Gewichts der Verpackung, deren Art näher zu bezeichnen war. Für die eingeführten verzollten Waren wird dagegen für das Verpackungsgewicht ein Tarifsatz angewandt, der gleichmäßig für alle bei der betreffenden Ware üblichen Umschließungsarten gültig ist. Das so ermittelte Reingewicht kann somit noch weniger der Wirklichkeit entsprechen als das für jedes einzelne Packstück errechnete. Für die Zukunft will das Statistische Reichsamt vermeiden, daß bei der Einfuhr und der Ausfuhr das Reingewicht auf verschiedener Grundlage errechnet wird. Es soll als Reingewicht das im Sprachgebrauch des Handels übliche angenommen werden. Bei Waren, welche nach dem Gewicht verkauft werden, glaubt das Reichsamt, dies ohne besondere Schwierigkeiten feststellen zu können. Auch zu dieser Frage werden Industrie und Handel auf Einladung des Präsidenten des Statistischen Reichsamts Stellung zu nehmen haben.

Industrie, Handel, Handwerk

Anhaltische Kohlenwerke, Halle. Die von der Leitung der Gesellschaft mit den Belegschaften der Kohlengruben in Nachterstedt und Frose vor einiger Zeit eingeleiteten Verhandlungen über Lohnsteigerungen sind jetzt zum Abschluß gekommen. Den Arbeitern wurden erhebliche Zugeständnisse gemacht. Dadurch wurde der Betrieb gesichert.

Vereinigung Mitteldeutscher Hohlglasfabriken in Dresden. Die Vereinigung teilt uns mit, daß sie während der bevorstehenden Leipziger Herbstmesse vom Sonnabend, den 30. August, bis einschließlich Donnerstag, den 4. September d. J., täglich von 8 bis 5 Uhr durchgehend in Leipzig, Goethestraße 1, eine Meß-Geschäfts- und Auskunftsstelle unterhält. Die Meß-Geschäftsstelle wird sich kostenlos in den Dienst aller in- und besonders ausländischen Meß-Interessenten stellen und steht denselben insbesondere zur Verfügung: Zur Erteilung fachmännischer Auskünfte über alle Angelegenheiten der deutschen Weißhohlglas-Industrie; zur Erledigung von Anfragen und Aufträgen an die Weißhohlglas-Industrie (Verwertung von Patenten usw.); zum Nachweis von Bezugsquellen und zur Unterbringung von Aufträgen.

Triptis-Akt.-Ges. Die in Dresden abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung genehmigte den Verkauf der in der Tschecho-Slowakei liegenden Werke der Gesellschaft. Der Verkauf erfolgt aus politischen Gründen. Nach Mitteilung der Verwaltung ist der Verkaufspreis sehr günstig. Er bringt ein erhebliches Mehr gegenüber dem Buchwert und gestattet die Verteilung einer stattlichen Dividende. Die Gesellschaft behält ein Rückkaufsrecht auf einen Teil der Werke innerhalb zehn Jahren. Ueber den Geschäftsgang des deutschen Werkes im laufenden Jahre wurde mitgeteilt, daß viel Aufträge zu guten Preisen vorliegen, aber wenig Kohlen vorhanden seien und die Aussichten, Kohle zu erlangen, seien sehr trübe.

Thüringer Gasgesellschaft in Leipzig. Die Gesellschaft plant bei Koppelsdorf, Kreis Sonneberg, den Bau eines großen Zentralwerkes, um den gesamten Kreis Sonneberg mit Elektrizität und Gas zu versorgen.

Ein Erfolg der deutschen Industrie. Im internationalen Wettbewerb für den Bau der großen Eisenbahnbrücke über das Hafengebiet der Westbahn in Stockholm wurde der erste und dritte Preis deutschen Firmen zugesprochen. Den ersten Preis von 15 000 Kronen erhielt die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg in Gustavsburg bei Mainz und in Biebrich; den anderen die Firma Krupp in Essen und Mannheim. Das Preisgericht bezeichnet laut „Köln. Ztg." die deutschen Entwürfe als ganz besonders geglückt.

Die Handelsspionage durch alliierte Kontrolloffiziere. Neuerdings mehren sich, wie die „B. P. N." an zuständiger Stelle erfahren, die Besichtigungen deutscher Fabriken durch alliierte Kontrolloffiziere, die letzten Endes auf eine scharfe Handelsspionage hinauslaufen. Ueber einen besonders eklatanten Fall solcher Handelsspionage führt die Firma William Prym in Stolberg-Hammer lebhafte Klage, da durch die Preisgabe ihrer Geschäftsgeheimnisse die Existenz der Firma nach 350jähriger Entwicklung sehr ernsthaft in Frage gestellt wird. Da das Gebaren der Kontrolloffiziere den Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages widerspricht und andererseits nur die unbeschränkte Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie für die Alliierten von Nutzen sein kann, hat die Deutsche Waffenstillstandskommission neuerdings auf restlose Beseitigung dieser Zustände gedrungen.

Aus der Baumwollindustrie. Eine in Stuttgart abgehaltene Generalversammlung des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller in Augsburg nahm nach eingehender Aussprache einstimmig eine Entschließung an des Inhalts, daß nur die Beseitigung der Devisenordnung und der besonderen Einfuhrbewilligung für Rohbaumwolle den Bezug dieser Rohstoffe im Weltmarkt für Deutschland ermögliche. Ein Bedürfnis für die Errichtung von Baumwolleinkaufsgesellschaften der Industrie auf landwirtschaftlicher Grundlage, wie sie auf Grund von Mißverständnissen zum Teil auch von amtlicher oder halbamtlicher Seite angeregt worden waren, wurde einstimmig verneint. Von solchen Gesellschaften könne insbesondere auch kein praktischer Nutzen für mittlere oder kleinere Baumwollspinnereien erwartet werden. In der Uebergangszeit müßte jede Kontingentierung der Erzeugung bei den einzelnen Spinnereien und Webereien unterbleiben. Besonders bemerkenswert ist, daß diese Meinung einhellig sowohl von den Kriegsbödenleistungsbetrieben, als auch von den während des Krieges stillgelegten Betrieben zum Ausdruck kam. Das Ausbleiben der Kontingentierung wird das tätige Gebiet der durch das Uebergangsgesetz vorgesehenen Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle nach Abwickelung der Verteilung der Heeresbestände zu Spinnstoffen und Garn wesentlich einschränken. Für die in einigen deutschen Ländern in Aussicht genommenen Zweigwirtschaftsstellen, welche in erster Linie der Dezentralisierung bei Durchführung der Kontingentierungsmaßnahmen dienen sollten, werde überhaupt keine praktische Tätigkeit übrig bleiben.

Die Gewinne der holländischen Reedereien im Kriege. Die zwanzig größten holländischen Schiffahrtsgesellschaften haben, wie der „Telegraaf" berichtet, in den vier Kriegsjahren auf ein Durchschnittskapital von zusammen 109 Mill. Fl. einen Bruttogewinn von 540,32 Mill. Fl. erzielt. Davon wurden 100,51 Millionen Fl. für Abschreibungen verwendet, 83 Mill. Fl. der Rücklage für Kriegsgewinnsteuer überwiesen und 20,16 Mill. Fl. an statutarische Rücklagen. An Vergütungen wurden 28,02 Mill. Fl. ausgezahlt, an ordentlichen Steuern 6,59 Mill. Fl. und an Dividenden 109,56 Mill. Gulden, was genau einer 25prozentigen Durchschnittsdividende auf das Jahr und das Durchschnittskapital entspricht. Angesichts der stillen Reserven und des niedrigen Bilanzwertes des Materials sei der Vermögenszuwachs dieser Schiffahrtsgesellschaften in der Kriegszeit auf mindestens 500 Mill. Fl. zu veranschlagen. Die gesamte Flotte umfaßte Ende 1918 1 206 777 Brutto-Registertonnen.

Gesellschafts-Abschlüsse

Concordia Maschinenbau-Akt.-Ges. in Halle a. S. Die früher an der Berliner Börse notierte vormals Deutsch-amerikanische Werkzeugmaschinenfabrik vorm. Gustav Krebs A.-G. firmierende Gesellschaft schlägt 6 Prozent Dividende für beide Aktienarten vor (i. V. 5 Proz. für die Stammaktien und 0 Proz. für die Vorzugsaktien).

Elektro. Aktiengesellschaft, Dresden. Ueber die Beteiligungen ist folgendes zu berichten: Die Zwickauer Elektrizitätswerk- und Straßenbahn-Aktiengesellschaft in Zwickau verteilte für das Geschäftsjahr 1918 auf die Vorzugsaktien wiederum 6 Proz., auf die Stammaktien 8 Proz. (wie im Vorjahre) Dividende. Die Erzgebirgisch-Vogtländische Bahn- und Elektrizitätsgesellschaft G. m. b. H. in Annaberg konnte für das Geschäftsjahr 1918 erstmalig wieder eine Dividende von 2 Proz. zur Ausschüttung bringen. Bei der Vogtländischen Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft in Bergen i. V. ergab sich für das Geschäftsjahr 1917/18 ein Verlust von 66 912 M. Das Geschäftsjahr 1918/19 schließt mit einem Reingewinn von 19 004 M., um den sich der Verlustvortrag entsprechend vertingert. Die Elektrizitätswerke Vereins-Aktiengesellschaft in Riesa verteilte für das Geschäftsjahr 1918 wiederum 5 Proz. Dividende. Die Großröhrsdorfer Elektri-itätswerk G. m. b. H. in Großröhrsdorf konnte für das Geschäftsjahr 1917/18 eine Dividende von 6 Proz. (wie im Vorjahre) ausschütten. Bei dem Ueberlandwerk Schandau und der Straßenbahn Schandau-Lichtenhainer Wasserfall ließen sich die Betriebsverhältnisse infolge vermehrter Anschlüsse und Erhöhung der Stromverkaufspreise und der Fahrpreise für die Straßenbahn etwas verbessern. Im Installationsgeschäft wurden gegenüber dem Vorjahre erhöhte Umsätze erzielt. Eine weitere Erhöhung der Fahrpreise der Straßenbahn ist durchgeführt und die Neufestsetzung der Stromverkaufspreise entsprechend der Verordnung der Reichsregierung vom 1. Februar 1919 eingeleitet worden. Nach einer Zuweisung von 122 394 M. (77 853 M.) zum Konto „Abschreibungen für eigene Betriebe" gibt sich ein Gewinn von 22 983 M. (44 859 M. Verlust) bei den Reserven gedeckt wurde). In Rücksicht auf die in den ungünstigen Ausgang des Krieges eingetretenen Verhältnisse hat die Verwaltung eine weitere Zuweisung von 200 000 M. Mark zu dem im Vorjahre gebildeten Konto „Minderbewertung Wertpapiere" für zweckmäßig gehalten, so daß nach Verwendung des im Berichtsjahre erzielten Reingewinnes noch eine Gesamtrücklage von 177 017 M. aus dem „Reservefonds" erforderlich wird. Nach der Bilanz standen am 31. März Waren und Wertpapiere mit 104 500 M. (111 100 M. i. V.) Aktiebhwotheken mit 140 000 Mark (10 400 M.), Kasse mit 19 615 M. (25 495 M.) Bankguthaben mit 230 400 M. (140 660 M.), Wertpapiere mit 6 404 [illegible] Mark (6 507 900 M.) und eigene Betriebe mit 3 057 000 M. (3 263 000 M.) zu Buche. Dagegen hatten Gläubiger 1 907 [illegible] (2 135 312 M.) zu fordern. Der Reservefonds hat sich auf 3[illegible] Mark ermäßigt.

Metall- und Farbwerke Akt.-Ges. in Oker am Harz verteilt wieder keine Dividende. Der Verlust erhöht sich von 496 [illegible] auf 758 534 Mk. Dem Unternehmen steht die Firma [illegible] Hirsch & Sohn in Halberstadt nahe.

Geldmarkt und Banken

Eine weitere Erleichterung im Reichsbank-Giroverkehr. Reichsbankdirektorium hat sich, wie ein Erlaß des preußischen Finanzministeriums bekannt gibt, damit einverstanden erklärt, daß die Reichsbankanstalten in erster Linie den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, nach Ermessen auch weiteren Kreisen auf Antrag Quittungen über Giroüberweisungen auf Grund eingelieferter roter Schecks [illegible] Kontogegenbuch auf einem besonderen Zettel, der vom Kontoinhaber selbst auszuschreiben ist, erteilen. — Die Quittungsleistung der Reichsbank ist eine Erleichterungenschaft, die schon seit langer Zeit erstrebt wird. Der Erlaß vom 25. Oktober 1918 brachte wohl insofern eine Erleichterung, als nur der vermittelnde Empfänger eine Empfangsbestätigung an die Absenderin des Geldes senden brauchte. Wenn auch durch den vorliegenden Erlaß diese Empfangsbestätigung nur bedingt erübrigen dürfte, so ist doch die direkte Quittungsleistung der Reichsbank für Ueberweisungsaufträge infolge großer Bedeutung, als der Absender sofort eine genaue Bestätigung der geleisteten Zahlung an Hand hat, was bis jetzt nur der Fall war, da die zur Ueberweisung angewiesenen Beträge nur von dem Auftraggeber in das Kontogegenbuch ohne nähere Bezeichnung eingetragen wurden. Von besonderer Bedeutung aber dürfte diese Bestimmung bei Unstimmigkeiten sein, die durch die Vorlegung der Quittung ein sofortiger Nachweis der beorderten Ueberweisung geführt und die Nachforschung erleichtert werden kann.

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Befürchtungen zunehmender Geldknappheit führten zu weiteren Abschwächungen der Aktien. Montan- und Hüttenunternehmungen. Namentlich Phönix und Bismarckhütte litten hierdurch empfindlich und büßten wieder bis 7 Proz. ein. Einige oberschlesische Werte, wie Oberschlesische Eisenindustrie, gaben nach anfänglicher Festigkeit gleichfalls nach. Gut gehalten blieben Deutsch-Luxemburger, Hohenlohe, Harpener und Mannesmann-Röhren, sowie Kattowitzer, die sogar um 1 Prozent höher notierten. Chemische und Elektrizitätswerte erfreuten sich einer festen Haltung. Schuckertwerte waren besonders gebessert, Spezialwerte wurden wenig umgesetzt. Deutsche Kupfer setzte um mehr als 6 Prozent höher ein. Ansehnliche Besserungen erfuhren größtenteils Schiffahrtsaktien, namentlich Norddeutscher Lloyd, die 2 Prozent gewannen. Von ausländischen Aktien setzte sich wieder Stearna Romana durch lebhaftes Geschäft bei vorwiegend steigender Kursbewegung. Deutsche Petroleumaktien behaupteten ihren gestrigen Kursstand. Kanada sind als gebesserte hervorzuheben. Am Anleihemarkt waren deutsche Anleihen wenig verändert. Kriegsanleihe gewann bis 80%. Oesterreichische Renten blieben behauptet, ungarische besserten sich.

Produktenbericht. Im Produktenverkehr konnten sich Heu und Stroh wegen nachlässiger Zufuhr gut behaupten, besonders sind beide Artikel und besonders Stroh aus späterer Wöchnerin stark angeboten. Von Lupinen sind größere Vorräte in geringer Futterware vorhanden, die vergeblich auf Abnehmer warten. Serradella wird meistens nur noch für Futterzwecke angenommen. Im Geschäft mit Futtersorten bleibt es still. Leinkuchenschrot wird als Vierbefuttter viel angeboten, auch Dörrgemüse und Futterwicken sind verhältnismäßig billig zu haben, werden aber wenig verlangt. Für Sämereien zeigt sich wenig Interesse. Wetter: veränderlich.

Im freien Verkehr wurden nichtamtlich ermittelt:

Eisenbahn-Aktien:		Gasmotoren Deutz	138.—
Halberstadt-Blankenb.	81,—	Gebhardt u. Co.	[illegible]
Halle-Hettstedter	71,—	Gebhardt u. König	[illegible]
Schantungbahn	131,—	Gelsenkirch. Bergb.	19[illegible]
Allg. Lokal-Str.	130,—	Glauziger Zuckerfbr.	10[illegible]
Gr. Berl. Str.	121,75	Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	—,—	Hann. Masch.	[illegible]
Lux. Prinz Heinrich.-B.	365,—	Harpener Berg	[illegible]
Orientbahn	256,—	Hasper Eisen	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:		Hirsch Kupfer	[illegible]
Hamb. Paketfahrt	101,50	Höchster Farbw.	[illegible]
Hambg.-Südamerika	173,—	Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Hansa-Dampfschiff	225,—	Hohenlohe-Werke	[illegible]
Nordd. Lloyd	103,—	Humboldt-Masch.	[illegible]
		Ilse-Bergbau	[illegible]
Banken:		Kahla-Porzellan	[illegible]
Bank für Thür.	—,—	Kalw. Aschersleben	[illegible]
Berl. Handelsges.	151,75	Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Comm u. Disconto-Bank	127,—	Kyffhäuserhütte	[illegible]
Darmstädter Bank	106,—	Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Dess. Landesbank	111,—	Lauchhammer	[illegible]
Deutsche Bank	191,25	Laurahütte	[illegible]
Disconto-Comm.	152,½	Linke u. Hofmann	[illegible]
Dresdner Bank	128,50	Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	131,75	Lothringer Hütte	[illegible]
Mitteld. Creditbank	113,—	Mannesmannröhren	[illegible]
Privat-Bank	110,—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	[illegible]
Nationalbank	—,—	do. Caro Heg.	[illegible]
Oesterr. Kredit	100,50	do. Kokswerke	[illegible]
Reichsbank	146,—	Orenstein u Koppel	[illegible]
Industrie-Aktien:		Phönix-Bergb.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	244,25	Rhein. Metall-Vorz.	[illegible]
Akt. f. Anilin	233,—	Rhein Stahlwerke	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	163,½	Riebeck Montan	[illegible]
Ammendorfer Papierf.	—,—	Rombacher Hütten	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	103,—	Rositzer Brannk.	[illegible]
Annaberger Bergbgut	183,—	Rositzer Zucker	[illegible]
Badische Anilin	325,50	Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Bergmann Elekt.-Akt.	132,—	Hugo Schneider u. Co.	[illegible]
Berl. Masch. Bau	194,50	Schuckert u. Co.	[illegible]
Bismarckhütte	197,—	Siemens u. Halske	[illegible]
Bochumer Gußstahl	173,25	Stettiner Vulkan	[illegible]
Chem. Fabrik Buckau	—,—	Stolberger Zink	[illegible]
Chem. Griesheim	193,25	Strals. Spielkarten	[illegible]
Chem. v. Heyden	219,—	Thale-Eisenhütte	[illegible]
Consolidation Schalke	254,50	Triptis-Akt.-Ges.	[illegible]
Cröllwitzer Papierfabr.	214,50	Türkische Tabakregie	[illegible]
Daimler-Motoren	190,—	Ver. Köln-Rottweiler	[illegible]
Deutsch-Luxemburg	145,50	Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Deutsche Erdöl-Ges.	228,50	Wegelin u. Hübner	[illegible]
Deutsche Erdöl	3[illegible],8,—	Wersch.-Weissenf. Brk.	[illegible]
Deutsche Gasglühl.	355,50	Westeregeln-Alkali	[illegible]
Deutsche Kali	178,—	Wittener Gußstahl	[illegible]
Deutsche Waff. u. Mun.	196,—	Wrede-Mälzerei	[illegible]
Donnersmarkhütte	22[illegible],—	Zelch.-Riebitsch. Brk.	[illegible]
Dürkopp Werke	122,50	Zeitzer Masch.	[illegible]
Elberfelder Farben	293,50	Zellstoff Walthof	[illegible]
Felten u. Guilleaume	284,60	Otavi-Minen	[illegible]
	153,50		

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher, für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helting, für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer (beurlaubt).
Anzeigenteil: Carl Serfken; sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191908091-16/fragment/page=0004